

Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Schwere Kampfhandlungen

Seit dem frühen Morgen des 18. Juli kommt es zu schweren Kampfhandlungen um ein Lager der srilankischen Armee in Mullaitivu, einem Küstenort im Nordosten des Landes. LTTE-Kader griffen das mehr als acht Quadratkilometer große Camp, in dem knapp 2.000 Soldaten stationiert sind, in großer Zahl an. Nach noch unbestätigten Informationen wurden zumindest Teile des Lagers von der LTTE überrannt und große Mengen an Waffen und Munition erbeutet.

In mehreren Mitteilungen der LTTE, die in London veröffentlicht wurden, hieß es, es seien 1.000 Soldaten und 180 LTTE-Kader gefallen. Offizielle Stellungnahmen der Regierung beziffern die Opfer auf Seiten der Streitkräfte auf etwa 300, 400 seien verletzt worden. Die LTTE hat inzwischen die Übergabe von 500 getöteten Soldaten an das Internationale Rote Kreuz (ICRC) angekündigt.

Die Marine verlor bei den Gefechten aufgrund eines Selbstmordanschlags auch ein Kanonenboot mit 40 Besatzungsmitgliedern. Wegen der schweren Feuergefechte in unmittelbarer Nähe des Lagers konnten Nachschubtruppen bisher noch nicht zum Militärstützpunkt durchdringen.

Die jüngsten Ereignisse haben die naive Illusion zerstört, daß nach den Erfolgen der Streitkräfte auf der Halbinsel Jaffna die LTTE entscheidend geschlagen worden sei. Präsidentin Kumartunga hat eine Krisensitzung des Regierens einberufen.

Stabilisierung in Jaffna?

Mitte Juni wurde durch die Armee erneut der Besuch einer Gruppe von Journalisten in Jaffna organisiert, um ihnen Gelegenheit zu einer Besichtigung der Stadt nach ihrer Eroberung durch die srilankischen Streitkräfte und zu Gesprächen mit den Menschen zu geben. Zahlreiche Artikel in der Presse spiegelten später diesen Besuch wider. Viele von ihnen betonten, die Menschen sehnten sich nach Frieden und raschem Wiederaufbau.

Nach Informationen des 'government agent' von Jaffna haben inzwischen viele Regierungseinrichtungen ihre Arbeit in Jaffna wieder aufgenommen. Die wichtigsten Banken hätten ihre Zweigstellen wiedereröffnet. Von den ehemals 105

Postämtern auf der Halbinsel funktionierten jedoch erst 22.

Von offizieller Seite wird die Zahl der auf der Halbinsel und den vorgelagerten Inseln lebenden Menschen inzwischen mit über 500.000 angegeben. Wenig hat sich an ihrer Versorgungssituation geändert. Nach wie vor gibt es lange Warteschlangen vor den offiziellen Verkaufsstellen für Grundnahrungsmittel, die Vorräte sind knapp, das Ausgabesystem hoffnungslos überlastet. Während der offizielle Preis für ein Kilogramm Reis bei 18,5 Rupien (etwa 50 Pfennig) liegt, werden auf dem Schwarzmarkt bis zu 100 Rupien verlangt. Praktisch alle Güter werden auf dem Seeweg aus Colombo angeliefert.

Mehrere Unternehmen aus dem Süden haben die Aufnahme von Geschäftsbeziehungen mit Jaffna angekündigt und wollen Produktionsstätten im Norden einrichten. Hierzu zählen die Herstellung von Glas, Aluminium, Zement, Fahrradreifen, Metallwaren, Bekleidung, und Futtermittel. Auch die Verarbeitung von Material der Palmyrah-Palme ist im Gespräch.

Das internationale Rote Kreuz versucht die Hilfsmaßnahmen mit aller Kraft zu unterstützen. Die Organisation hat inzwischen wieder ein Büro in Jaffna eröffnet. Nach unzähligen Anträgen durch die französische Organisation

'Medicins sans frontieres' (MSF) wurde Ende Juni der lebenswichtige Transport von Medikamenten endlich genehmigt, die vor allem für das Krankenhaus in Point Pedro bestimmt sind. MSF möchte seine Arbeit auch auf das Krankenhaus in der Stadt Jaffna ausweiten.

Die Universität und mehr als 300 Schulen haben ihren Betrieb wieder aufgenommen. Circa 800 der 3.000 eingeschriebenen Studenten nehmen wieder am Universitätsbetrieb teil, der mit 40 Prozent der bisherigen Mitarbeiter durchgeführt wird.

Die Sicherheitslage ist zunehmend durch überraschende Attacken von LTTE-Kadern gekennzeichnet, die sich offensichtlich nach wie vor in verschiedenen Gegenden der Halbinsel aufhalten. Fast jede Woche kommt es zu 30 bis 40 Anschlägen, die von Schießereien bis Minenexplosionen reichen. Kürzlich kamen Flugblätter der LTTE in Umlauf, in denen zum Widerstand gegen die Armee aufgerufen und gleichzeitig Maßnahmen gegen diejenigen angedroht wurden, die diesem Aufruf nicht folgen.

Am 4. Juli entging der Minister für Wohnungsbau, N.S. da Silva, während eines Besuchs in Jaffna nur knapp einem Anschlag durch ein Selbstmordkommando. Die Sprengladung riß allerdings 31 Menschen in den Tod. Offensichtlich konnten Ausgangssperren,



Srilankische Truppen bei einer Patrouille in der Stadt Jaffna (Foto: Information Department Sri Lanka)

Durchsuchungen und Verhaftungen eine Infiltration durch LTTE-Kader nicht verhindern. Die Zwischenfälle stärken verständlicherweise das Mißtrauen zwischen Armee und Zivilbevölkerung - bei den Bewohner wächst das Gefühl, eine Besatzungsarmee vor sich zu haben, die Soldaten werden durch die mangelnde Kooperation der Zivilisten zunehmend frustriert. Zahlreiche, in den Medien bisher nicht veröffentlichte Zwischenfälle reflektieren die Lage der Menschen:

- In Urumpai werden zwei Lehrer, die von der Armee für Übersetzungen beschäftigt waren, von der LTTE ermordet.

- In Kachchai wird ein junges Paar von Armeeinghörigen ermordet, die Frau vorher vergewaltigt. Ein hoher Armeefizier besucht die Familie und kündigt strikte Maßnahmen gegen die Verantwortlichen an, aus Furcht vor Repressalien erscheinen die Familienmitglieder aber nicht zu einer Identifizierung der Täter.

- In Kondavil legen junge Kader der 'Tamil Tiger' Landminen, werden aber von vier Mädchen aus der Nachbarschaft vertrieben. In der darauffolgenden Nacht besuchen Angehörige der LTTE die Gegend und ermorden die Mädchen.

- In Karaveddi wird eine Soldatengruppe von der LTTE beschossen. Die aufgebrachten Soldaten fragen einen Hausbesitzer, wo sich die 'Tiger' aufhalten und erschießen ihn, nachdem er keine Antwort weiß.

- In Kodikamam werden vier Mitglieder einer Familie von der LTTE umgebracht, die Kontakt zur Armee unterhält.

- Nach dem in Thunnalai ein Militärkonvoi in Granatfeuer gerät, erschießen die Soldaten in der Nähe drei Bauern.

- Nach Granatfeuer auf ein Lebensmittel-Ausgabestelle wird die Verteilung von Rationen für eine Woche gestoppt.

Finanzielle Unterstützung?

Die Präsidentin und hohe Regierungsangehörige nahmen inzwischen Gespräche mit Diplomaten der westlichen Botschaften mit dem Ziel auf, finanzielle Hilfen für den Aufbau im Norden zu erhalten. Im Gespräch ist ein Gesamtbetrag von weit über 400 Millionen DM. Alle Aufbau- und Rehabilitationsmaßnahmen wurden unter das Dach einer neuen Organisation, der 'Northern Province Reconstruction and Rehabilitation Authority' (NPRA) gestellt.

Der Erfolg der Gespräche ist zur Zeit jedoch mehr als fraglich. Obwohl viele Geberländer verständlicherweise zumindest einen Teil der Finanzmittel über Nicht-Regierungsorganisationen und internationale Agenturen in den Norden leiten wollen, hat die Regierung noch

einmal betont, daß Hilfsgelder nur über staatliche Stellen abgewickelt werden können. Da das Militär weiterhin alle Verwaltungsaufgaben (einschließlich der Lebensmittelverteilung) in Jaffna durchführt, und damit auch für die Verteilung von Hilfsgütern und -geldern zuständig wäre, fürchten viele ausländische Regierungen, daß sie mit finanziellen Mitteln den Verteidigungshaushalt unterstützen. Entsprechend negativ waren bisher die Reaktionen der Diplomaten. Auch die mit einem großangelegten Aufbauprojekt verbundenen Probleme (Transport und Logistik) sind völlig ungelöst.

Batticaloa und Trincomalee

Obwohl es während der ersten Monate des Jahres zu keinen größeren Zusammenstößen zwischen Armee und LTTE in den beiden Ostdistrikten kam, war die Zahl der Opfer im Juni so hoch wie schon seit Monaten nicht mehr. Schwerpunkte der Zwischenfälle waren das Gebiet um Trincomalee und die "Grenzgebiete" zwischen überwiegend sinhalesischer und tamilischer Bevölkerung im Polonnaruwa Distrikt.

Die Bevölkerung sieht sich mit vielfältigen Schwierigkeiten konfrontiert. Landwirtschaftliche Erträge sind stark zurückgegangen und erneut wurden Trockenrationen an Flüchtlinge seitens der Regierung nicht oder nur verspätet verteilt.

Die militärischen Operationen der 'Special Task Force' (STF) erzeugen zusätzliche Probleme. Das nach wie vor gültige Verbot von Fischfang in einigen Teilen entlang der Küste raubt vielen Familien die Existenz. Hinzu kommen die zahlreichen Restriktionen beim Transport von bestimmten Waren wozu auch bestimmte Grundnahrungsmittel gehören.

Nach einer weitgehenden militärischen Destabilisierung des Ostens während der letzten Monate hat die srilankische Armee am 10. Juli mit einer neuen Offensive unter dem Namen 'Seda Pahara' (Flutwelle) im Gebiet nördlich von Valaichchenai begonnen. Unterstützt durch Luftwaffe und Marine rückten Soldaten in das bisher weitgehend von der LTTE kontrollierte Gebiet vor. Nach zahlreichen Verlusten auf beiden Seiten gelang es der Armee, einen der Hauptstützpunkte der LTTE in dieser Region, den Ort Vakarai zu erobern. Hierin hatte sich ein großer Teil, auch hochrangiger Mitglieder der LTTE, nach dem Verlassen der Halbinsel Jaffna vor einigen Monaten zurückgezogen. Weite Gebiete in der Umgebung Vakarais kamen anschließend unter Granatenfeuer und wurden aus der Luft bombardiert, um mögliche Fluchtwege der LTTE zu blockieren. Über die Anzahl ziviler Opfer bei diesen

Auseinandersetzungen gibt es bisher keine näheren Informationen.

Yala-Park gesperrt

Der Besuch des Yala-Nationalparks, bisher Bestandteil jeder Insel-Rundreise für ausländische Touristen, ist zur Zeit nicht mehr möglich, nachdem die Behörden nach eigenen Angaben für die Sicherheit der Touristen nicht mehr garantieren können. Beobachter glauben, daß der Hauptgrund in zahlreichen unerwarteten Begegnungen zwischen Besuchergruppen und LTTE-Kadern während der letzten Wochen liegt. Kürzlich war eine Gruppe von 13 Urlaubern von schwerbewaffneten Männern kurzzeitig festgehalten und verhört worden.

Vor wenigen Wochen brannten mutmaßliche Rebellen der 'Tamil Tigers' die einzigen Unterkunftsgebäude im Park nieder. Die etwa 40 zu dieser Zeit dort übernachtenden Besucher wurden vorher geweckt und aus den Häusern getrieben. Die Schließung ist ein weiterer Rückschlag für die ohnehin schwer angeschlagene Tourismusindustrie im Land.

LTTE-Massaker

Am Morgen des 11. Juni wurde Eluwankulama, ein kleines Dorf in der Nähe von Puttalam im Nordwesten des Landes, Opfer eines Überfalls der LTTE. Die mehr als 30 Angreifer töteten 14 sinhalesische Bewohner, unter ihnen auch fünf Frauen und vier Kinder. Die Opfer wurden zunächst mit Macheten ermordet, ihre Leichen dann bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Der Überfall ereignete sich nur wenige Tage nach einer Konfrontation zwischen Soldaten, 'Home Guards' und LTTE-Angehörigen nahe des Dorfs, bei der ein Soldat und drei 'Home Guards' zu Tode kamen. Trotzdem wurden keine Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der örtlichen Bevölkerung ergriffen.

Amnesty international (ai) hat in einer Pressemitteilung das Massaker von Eluwankulama scharf verurteilt und an die LTTE appelliert, ihre Übergriffe auf die Zivilbevölkerung zu beenden.

Neue Rekrutierungen

Bereits im Juni begann die Armee mit einem neuen Rekrutierungsprogramm. Hunderte von jungen Männern wurden interviewt. Trotzdem war die Zahl der Interessenten gering, das Ziel von 10.000 Neurekrutierungen zur Verstärkung der etwa 100.000 Soldaten umfassenden Streitkräfte ist wohl derzeit nicht zu erreichen. Auf die gleichzeitig ausgerufene Amnestie für Armeedeserteure haben sich nach Angaben des

Verteidigungsministeriums bisher 3.000 Soldaten zum Dienst zurückgemeldet.

Diskussion um politisches Paket

Die Vorschläge der Regierung zur Umwandlung Sri Lankas in eine 'Union of Regions', sind während der Diskussionen im 'Parliamentary Select Committee' bei den überwiegend sinhalesischen Oppositionsparteien auf heftigen Widerstand gestoßen. Sie bestehen auf einem 'Unitary State' und lehnen damit die vor allem von den tamilischen Parteien geforderte 'Union of Regions' ab. Der 'Sri Lanka Muslim Congress' verwahrte sich insbesondere gegen die Bildung einer einzigen Nord-Ost-Provinz, solange nicht auch die Interessen der moslemischen Bevölkerung in dieser Region berücksichtigt werden.

Den tamilischen Parteien geht es vor allem um Verfassungsänderungen, die es der Zentralregierung wesentlich schwerer machen, sich in die Angelegenheiten der einzelnen Regionen einzumischen. M. Sivasithamparam, Vorsitzender der 'Tamil United Liberation Front' stellte klar, daß alles andere eine Fortsetzung des derzeitigen Status bedeute und die versprochene Machtteilung für die meisten Tamilen bedeutungslos werde.

Zur Zeit stehen die Chancen für Chandrika Kumaratunge schlecht, einen Konsens zu erzielen.

Hungerstreiks im Gefängnis

Anfang Juni befanden sich mehr als 650 Personen in Untersuchungshaft, davon etwa 150 allein in verschiedenen Polizeistationen in Colombo. Mehr als 90 Prozent dieser Untersuchungshäftlinge sind Tamilen, von denen viele schon 18 Monate und länger auf eine Behandlung ihres Falles warten. Als Begründung für die langen Haftzeiten wird offiziell immer wieder das Fehlen von sinhalesischen Übersetzungen ihrer Aussagen und Dokumente genannt.

Nachdem bereits im Mai zahlreiche Inhaftierte eine Petition zur sofortigen Eröffnung ihrer Verfahren bzw. eine sofortige Freilassung verfaßt hatten, begannen am 24. Juni zunächst 29 tamilische Jugendliche (viele aus den Plantagegebieten) im 'Magazine Prison' von Colombo einen Hungerstreik. Bereits am nächsten Tag stieg die Zahl der Streikenden auf fast 400 Personen in verschiedenen Gefängnissen an.

Nach einer Intervention von Mitgliedern der tamilischen Parteien und Menschenrechtsgruppen wurden von Seiten der Staatsanwaltschaft deutliche Zugeständnisse gegenüber den Untersuchungshäftlingen gemacht: Personen unter 18 bzw. über 55 Jahren sollen

dementsprechend bevorzugt entlassen, Fälle mit Betroffenen aus den Plantagen mit Priorität behandelt werden. Außerdem wird die Einrichtung eines speziellen Gerichts zur schnelleren Behandlung der Fälle vorgeschlagen. Der Hungerstreik wurde daraufhin am 29. Juni abgebrochen. Zu den Inhaftierten gehören u.a. ein 14jähriger Junge sowie mehrere Personen im Alter von über 60 Jahren.

Energiekrise

Die in einigen Landesteilen bis auf 8 1/2 Stunden täglich ausgeweiteten Stromabschaltungen aufgrund des akuten Mangels an Wasser in den großen Stauseen des Landes, konnten nach einigen Regenfällen inzwischen wieder bis auf 4,5 Stunden täglich reduziert werden. Große Schockwellen löste jedoch ein Streik der Mitarbeiter des 'Ceylon Electricity Board' (CEB) Ende Mai aus, der die Elektrizitätsversorgung sowie die Wasserversorgung in Colombo völlig zum Erliegen brachte. Die Regierung ergriff daraufhin drakonische Maßnahmen, die ein bezeichnendes Licht auf das extrem gestörte Verhältnis zu den Gewerkschaften werfen. In einer 'Operation Shock' wurden CEB-Angehörige von der Polizei zu ihren Arbeitsplätzen zurückgebracht, zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder berichteten von gewalttätigen Übergriffen der Polizei. Mehr als 50 CEB-Mitarbeiter wurden von der Kriminalpolizei verhört, T.H.D.J. Seneviratne, Superintendent des Kraftwerks in Kolonnawa, wurde längere Zeit ohne konkrete Anschuldigungen in Haft gehalten. Gegen diese Verhaftung haben zahlreiche Menschenrechtsgruppen im Land protestiert. Schließlich trat der Vorsitzende des CEB von seinem Amt zurück (siehe dazu auch "Das Letzte").

Mitte Juni kam es zur Verhaftung von fünf Tamilen in Colombo, denen die Polizei die Vorbereitung eines Selbstmordattentats auf die Kelanitissa-Kraftwerk im Norden der Hauptstadt vorwirft. Ähnlich wie beim Angriff der LTTE auf zwei Öllager im Oktober letzten Jahres sollte das Kraftwerk gestürmt und anschließend wichtige technische Einrichtungen durch Sprengladungen zerstört werden.

Wirtschaft am Boden

Die wirtschaftlichen Entwicklungen im Land haben sich, nicht zuletzt durch die anhaltende Energiekrise (siehe oben), drastisch verschlechtert. Sprecher der Industrie bezifferten die während der Stromabschaltungen täglich zu verzeichnenden Verluste auf umgerechnet bis zu 28 Millionen Mark je Tag. Wirtschaftsexperten sprechen von einem

dramatischen Zusammenbruch des Wirtschaftswachstums im laufenden Kalenderjahr. Die fortgesetzten militärischen Auseinandersetzungen haben vor allen Dingen den Tourismus geschädigt, aber auch das allgemeine Klima für ausländische Investitionen empfindlich gestört. An der Börse in Colombo sank der Aktienindex Ende Juni auf den niedrigsten Stand seit drei Jahren.

Vergifteter Tee?

Erneut machten im Juni Nachrichten über vergiftete Tee-Exporte Schlagzeilen. Die sogenannte 'Ellalan Force', eine ominöse tamilische Gruppierung, die in der Vergangenheit auch die Verantwortung für einen Anschlag auf den internationalen Flughafen und mehrere kleinere Bombenattentate in Colombo übernommen hatte, verbreitete kürzlich erneut ein Flugblatt, in dem vor vergifteten Teelieferungen zwischen dem 19. April und 10. Mai gewarnt wird.

Außenminister Kadirgamar versuchte in einer Pressekonferenz zu beschwichtigen: "Der aus Sri Lanka exportierte Tee wird mindestens fünfzig Mal kontrolliert." Die LTTE hatte sich in der Vergangenheit von den Aktivitäten dieser Gruppe distanziert.

Tourismuskampagne in Deutschland

Das 'Ceylon Tourist Board' und die Fluggesellschaft 'Airlanka' haben eine großangelegte Kampagne zur Wiederbelebung des Tourismus gestartet. Hierzu wurde in einem ersten Schritt vom 13. bis 30. Juni eine große Werbeaktion in einem Frankfurter Warenhaus durchgeführt. Ziel ist es, "negativer Publicity" über Sri Lanka entgegenzutreten und die potentiellen Besucher zu überzeugen, daß das Land für Touristen sicher ist. Die Werbeaktion umfaßte Informationsstände, den Auftritt von Tanzgruppen und ein Angebot srilankischer Speisen im Kaufhausrestaurant.

Wachsendes Mißtrauen

Das Mißtrauen der Sicherheitskräfte gegen Mitarbeiter ausländischer Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) wird zunehmend paranoid. Dies mußte kürzlich der Leiter des in London beheimateten 'International NGO-Forum on Sri Lanka', Bryn Wolfe, während eines kurzen Besuchs im Land erfahren. Bereits vor seiner Ankunft wurde er von zwei Tageszeitungen in übler Weise als Unterstützer der LTTE bezeichnet. Während seines Aufenthalts kam es dann sogar zum Verhör durch die Polizei (siehe auch Beitrag über NGOs in dieser Ausgabe).